Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bei ir., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 196 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Samstag, den 22. August | Erscheint: wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle". — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Vertreter des Mittelstandes hatten mit dem Reichskanzler eingehende Besprechungen
* Die Reichssteuereinnahmen im Juli weisen einen starken Rückgang aus
* Die Achte Große Deutsche Funkausstellung ist in den Berliner Ausstellungshallen am Kaiserdamm feierlich eröffnet worden.

Notwendigkeiten.

Vorwürfe helfen nichts. — Sparen am falschen Ort. — Die Lehre der letzten Wochen.

Der Zwang zur äußersten Sparsamkeit stellt die Regierungen zunächst vor die schwerste Frage: wo soll mit dem Sparen angefangen werden? Es drängt sich niemand danach, das erste Opfer zu sein und jeder denkt sich im stillen: Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an. Aber irgendwo muß der Anfang gemacht werden. Zurzeit wehren sich die Städte dagegen, daß die Regierung gerade an sie heran will. Die Städte erklären, man mache sie zu Unrecht für die schlechte Finanzlage verantwortlich, schuld sei allein das starke Anwachsen der Wohlfahrtsausgaben und dafür könnten sie nichts. So zwischen den Zeilen ist der Vorwurf herauszuhören, der Staat habe den Städten zwar die Sorge für die Wohlfahrtsempfänger zugewiesen, sich aber nicht darum gekümmert, woher die Städte die Mittel nehmen. Den Vorwurf will der Staat natürlich nicht auf sich sitzen lassen, und so hat dieser Tage ein Regierungsblatt in Berlin eine Erwiderung von unterrichteter Seite gebracht, in der mit den Städten sehr scharf abgerechnet wird. Da wird ziemlich deutlich gesagt, daß die Behauptung von der Schuldlosigkeit der Städte an den schlechten Finanzen ganz und gar nicht den Tatsachen entspreche, da wird nachgewiesen, daß der Staat den Städten die Möglichkeit an die Hand gab, sich die Mittel für die Wohlfahrtsausgaben zu beschaffen. Da wird weiter gesagt, daß die Personalausgaben in den Städten sich auf 75 bis 80 Prozent der Gesamtausgaben belaufen und da werden die Städte gefragt, ob denn auf diesem Gebiete keine Ersparnisse gemacht werden könnten. Dieser Streit zwischen Staat und Städten, diese gegenseitigen Vorwürfe, diese Gegensätze in den Behauptungen bieten wahrhaftig in dieser Zeit kein erfreuliches Schauspiel. Sollte es denn nicht möglich sein, Klarheit und Wahrheit darüber zu schaffen, wo die Fehler gemacht worden sind, um endlich zu wissen, wo man mit der Besserung einzusetzen hat? Mit Vorwürfen ist noch nie etwas gebessert worden.

*

Und nun nochmal das Thema Sparsamkeit. Der deutsche Bürger wird sich leider daran gewöhnen müssen, daß ihn dieses Wort vom Morgen bis zum Abend verfolgt und ihm auch in der Nacht keine Ruhe läßt. Aber alles hat zwei Seiten, auch die Sparsamkeit. In der letzten Notverordnung vom Juni sind Bestimmungen über die Kürzung von Renten der Kriegsbeschädigten getroffen worden. Schon damals hat man diese Bestimmungen mit einem unbehaglichem Gefühl und mit tiefstem Bedauern gelesen, denn der Rotstift war da an einem Punkt angesetzt, wo es sich um eine der vornehmsten vaterländischen Pflichten handelt. Aber die Regierung beruhigte die Öffentlichkeit mit der Erklärung, daß nur die Fälle geringerer Erwerbsbeschränkung getroffen würden, auf keinen Fall die Schwerkriegsbeschädigten. Nun hat dieser Tage ein Berliner Blatt den Brief eines Schwerkriegsbeschädigten und Vollerwerbslosen veröffentlicht, ein Brief, der einem tief ins Herz schnitt. Dem alten Soldaten, der seit Jahren als Vollinvalide ans Bett gefesselt ist, der dazu noch die Sorge um zwei Kinder hat, dem hat man, so teilt er klagend mit, die Zusatzrente in Höhe von 105 Mark gestrichen, mit der Begründung, so wolle es die Notverordnung vom Juni 1931. Die Kürzung brachte die allergrößte Not in die Familie. Man hat bis jetzt noch nichts gehört, was die zuständige Berliner Stelle zu dem Fall sagt, ob das wirklich Sinn und Absicht der Notverordnung ist, auch solche Fälle zu treffen. Das wäre doch einfach unerträglich. Man kann sich nur denken, daß es sich um eine irrtümliche Auslegung einer untergeordneten Stelle handelt, und man muß hoffen, daß der Schaden schleunigst wieder gutgemacht wird. Es gibt doch wirklich noch andere Sparmöglichkeiten, und es darf unter keinen Umständen geschehen, daß alle leiden, weil vielleicht da und dort Renten in unrichtige Hände kommen. Die Pflicht für unsere Kriegsopfer zu sorgen, ist die heiligste Pflicht eines Volkes. Das wollen wir auch in Zeiten der Not nie vergessen.

*

Scheint es nicht Jahre her zu sein, daß in Deutschland plötzlich die Banken ihre Schalter schlossen, daß sich die Sparer vor den Sparkassen sammelten und aufgeregt auf die Auszahlung ihrer Ersparnisse warteten? Nicht Jahre, kaum sechs Wochen sind es her. In unserer Zeit jagt eine Sorge die andere, und über einer Not muß man die andere vergessen. Aber diesmal dürfen wir nicht so schnell vergessen. Was in den letzten Wochen geschehen ist, müssen wir uns tief ins Gedächtnis einprägen. Die Schalter sind zwar wieder geöffnet, aber etwas ist geblieben, das nicht so leicht verschwinden wird: das Mißtrauen. Die Angst vor einer neuen Inflation, obwohl sie völlig unbegründet war, steckt noch vielen in den Gliedern, und die Sorge um die Sicherheit des Ersparten ist noch lange nicht gewichen. Viele Sparer haben in der letzten Zeit sicher ihr Geld wieder auf die Sparkassen zurückgebracht, aber so manche Summe liegt noch irgendwo in einem Versteck, zur Freude von Dieben und Einbrechern und zum Nachteil für die Allgemeinheit. Das ist tief bedauerlich, aber auf der anderen Seite, nach allem was geschehen ist, auch menschlich verständlich, und schöne Belehrungen darüber, warum es falsch ist, das Geld zu verstecken, werden da nicht viel ändern. Da kann nur eines helfen: die Wiederherstellung des Vertrauens beim Sparer, und zwar durch eine Politik, die das Sparkapital unter allen Umständen schützt und sichert, auch in der schwierigsten Lage, und dem Sparer die Verfügung über sein Guthaben läßt. Die Fehler der letzten Wochen dürfen sich nicht wiederholen. Die deutsche Wirtschaft, vor allem der Mittelstand ist heute wo die Kapitalsquellen des Auslandes gänzlich verschlossen sind, mehr als je auf das heimische Kapital angewiesen. Darum sind die Milliarden von Sparkapital, das sich aus Millionen kleiner Teile zusammensetzt, ein Volksgut, das von keiner Seite gefährdet werden darf. Das ist die Lehre der letzten Wochen.

Reichsreform durch Notverordnung?

Das Problem Reich-Preußen.

Ein Vorschlag zur Reichsreform.

Zu einem Artikel des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff über die Reichsreform in der Zeitschrift Der deutsche Volkswirt wird von seiten des Reichsinnenministeriums folgendes festgestellt: Im Reichsinnenministerium ist auf Grund der Beschlüsse der letzten Länderkonferenz vom 20. und 21. Juni ein Gesetzentwurf über die Reichsreform ausgearbeitet und fertiggestellt worden. Bei diesem Entwurf, der vom Reich aus streng geheimgehalten worden ist, handelt es sich um einen reinen Referentenentwurf, der keine politische Geltung hat und auch die Billigung des Reichsinnenministers noch nicht gefunden hat. Auch dem Kabinett ist der Entwurf demgemäß noch nicht zugeleitet worden. Die wesentlichsten Punkte sind in dem Artikel des preußischen Finanzministers richtig wiedergegeben worden. Der Reichsinnenminister bedauert die vorzeitige Veröffentlichung des Gesetzentwurfes.

Von preußischer Seite wird dazu erklärt, daß es sich bei dem Artikel Höpker-Aschoff um eine reine Privatarbeit handele, die nicht von dem preußischen Kabinett gebilligt worden sei.

In dem Artikel macht der Minister Vorschläge, die

das Verhältnis Preußen-Reich

unmittelbar zur Lösung bringen sollen. Der preußische Finanzminister schreibt: der entscheidende Anstoß zur Reichsreform kann durch folgende Maßnahmen gegeben werden:

1. **Der preußische Innenminister wird gleichzeitig Reichsinnenminister. Das Reich übernimmt die Polizeiverwaltung und die Gemeindeaufsicht in Preußen. Dies kann durch Notverordnung verfügt werden, weil der Artikel 48 in Notzeiten dem Reichspräsidenten das Recht gibt, nicht nur die Befugnisse des Reichsgesetzgebers und des Landesgesetzgebers auszuüben, sondern auch die Landesverwaltung an sich zu nehmen. Da das verfassungsändernde Gesetz Monate erfordern würde, und ein sofortiges Handeln geboten ist, sind die Voraussetzungen des Artikels 48 für eine vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung des verfassungsändernden Reichsgesetzes gegeben.**

2. **Der Reichsjustizminister übernimmt die Betreuung der preußischen Justizverwaltung. Auch dies kann durch Notverordnung verfügt werden in der Form, daß die Reichsregierung die Leitung der Justizverwaltung für das Land Preußen ausübt.**

3. **Die preußische Steuerverwaltung geht auf das Reich über. Dieser Übergang kann auf Grund der Reichsabgabenordnung durch einen preußischen Antrag ohne weiteres herbeigeführt werden.**

Der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister würden alsdann gleichzeitig Mitglieder des preußischen Kabinetts sein, und der preußische Ministerpräsident müßte als Vizekanzler in das Reichskabinett eintreten. Diese wechselseitigen Bestellungen können ohne Gesetzesänderung vor sich gehen.

Das sind die entscheidenden Maßnahmen. Man kann die Dinge

noch weiter treiben:

Das Reichsarbeitsministerium könnte die Aufgaben des preußischen Wohlfahrtsministeriums (ohne Medizinalverwaltung und Baupolizei), das Wirtschaftsministerium die Aufgaben des preußischen Handelsministeriums (ohne Berufsschulwesen, Bergverwaltung und Betreuung der preußischen Gesellschaften), das Reichsernährungsministerium die Aufgaben des preußischen Landwirtschaftsministeriums (ohne Berufsschulwesen und Verwaltung der Domänen und Forsten) übernehmen.

Wie würde ein solches Vorgehen der Reichsregierung und der preußischen Regierung sich bei den

kleineren norddeutschen Ländern

auswirken? Sie sind mehr oder weniger bereit, ihre Selbständigkeit als Länder zu opfern, aber sie wollen nicht „Preußen", sondern „Deutsche" werden. Es könnten sofort die Verhandlungen darüber eingeleitet werden, wie die kleineren Länder mit den preußischen Provinzen

zu Ländern neuer Art

zusammenzufassen wären, wie mit den Grenzen dieser Länder die Verwaltungssprengel der großen Reichsverwaltungen abzustimmen wären, wie das vorhandene Staatsvermögen, vor allem Forsten und Domänen aufzuteilen wären.

Aber das Ziel wäre nicht — das ist das Entscheidende — die Verbindung mit Preußen durch einen Staatsvertrag, sondern die Bildung der neuen Länder und die unmittelbare Verbindung mit dem Reich durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz, das die Ergebnisse der Verhandlungen verwirklichen würde.

*

Sofortige Einberufung des Preußischen Landtages beantragt.

Im Preußischen Landtag haben die deutschnationale Fraktion und die nationalsozialistischen Abgeordneten folgenden Antrag eingebracht:

Nach Pressemeldungen hat der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff dem Reichsminister des Innern einen Gesetzentwurf eingereicht, der in seinen Grundgedanken die Zerschlagung Preußens bedeutet. Gleichzeitig ist bekanntgeworden, daß der Vorschlag die Durchführung dieses Gesetzentwurfes mit Hilfe des Artikes 48 der Reichsverfassung vorsieht. — Angesichts der daraus erwachsenden Gefahr für die Existenz Preußens beantragen wir die sofortige Einberufung des Landtages.

*

Bayern gegen die Reichsreform.

Die „Bayerische Staatszeitung" nimmt zu den Reichsreformvorschlägen des preußischen Finanzminsisters Stellung und schreibt, wie aus München gemeldet wird, es seien die Gedankengänge des preußischen Ministerpräsidenten Braun, die Höpker-Aschoff zum Besten gegeben habe. Diese Pläne laufen unverkennbar darauf hinaus, dem preußischen Staate eine Art Hegemoniestellung im Reiche zu verschaffen. Das wäre aber mit dem föderativen Charakter des Reiches nicht zu vereinbaren. Insofern hätten auch die übrigen Länder Anspruch darauf, bei diesen Absichten ein Wort mitzureden. Derartige Dinge könnten unmöglich auf dem Wege einer Notverordnung gemacht werden. Die Zeitung beruft sich auf die Forderungen des Ministerpräsidenten Dr. Held in der Länderkonferenz in Berlin im Januar 1928 und betont mit Nachdruck: **„Bayern lehnt alle Bestrebungen, die auf eine Unitarisierung des Reiches hinauslaufen, nach wie vor auf das entschiedenste ab. Es wird niemals einwilligen daß der Charakter des Reiches geändert wird."**

*

Die Presse zum Vorschlage Höpker-Aschoffs.

Der Dualismus nicht beseitigt.

Die „Germania" nimmt in ihrer Sonnabend-Ausgabe nach Berliner Meldungen zu den Vorschlägen des preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff in der Frage Reich—Preußen u. a. wie folgt Stellung: Die Erörterungen über die Entwicklung des Verhältnisses Reich und Preußen werden schon deshalb aus der Debatte nicht mehr verschwinden, weil es schwer ist, daß es heute noch irgend jemanden gibt, der den Dualismus zwischen Reich und Preußen auf die Dauer für vertretbar hält und weil wir einfach gezwungen sind, nach anderen Formen zu suchen. Der preußische Finanzminister geht an dieses Problem ausschließlich von der verwaltungstechnischen Seite heran und hift einem Mangel nicht ab, nämlich dem Mangel der Ressortstreitigkeiten, von denen man fürchten muß, daß sie bei einer Verwirklichung des Planes eher größer als kleiner werden. Die zweite Schwierigkeit liegt in den Parlamenten, denen die Minister verantwortlich sind. Ist ein Minister zwei Parlamenten verantwortlich, dann wird er selbst oft nicht wissen, wie er sich aus dieser Zwickmühle befreien soll. Alle diese Erwägungen führen uns zu dem Schluß, daß, wenn man die Frage Preußen und Reich überhaupt lösen will, gewisse preußische Kompetenzen dem Reich vollkommen überantwortet werden, ohne daß sie noch Gegenstand der preußischen Verwaltung sind, denn solange zwei Kabinette und zwei Parlamente nebeneinander arbeiten, ist der Dualismus nicht beseitigt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Held besucht Hindenburg.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich von München nach Dietramszell begeben, um dem Reichspräsidenten von Hindenburg seine Aufwartung zu machen.

Vorläufig keine Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden.

Wie die Landvolk-Nachrichten berichten, ist nicht damit zu rechnen, daß schon in nächster Zeit neue Notverordnungen für die Gemeinden erlassen werden. Offensichtlich ständen augenblicklich andere Probleme für das Reichskabinett im Vordergrund. Hinzu komme, daß anscheinend das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages nicht gerade eine günstige Aufnahme bei der Reichsregierung gefunden habe.

Das Schicksal der deutschen Flieger in der Mongolei.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die mongolische Regierung trotz des deutschen Schrittes in Moskau die deutschen Flieger in Urga noch nicht auf freien Fuß gesetzt. Ende dieser Woche soll ein mongolisches Gericht zusammentreten, um die Beschuldigung gegen die deutschen Flieger weiter zu prüfen. Durch die scharfen Urteile sollen in der Mongolei die fremden Flugzeugbesuche abgewiesen werden.

16 Haftbefehle wegen der Bülowplatzmorde.

Amtlich wird mitgeteilt, daß in der Zeit vom 16. bis 20. August vom Vernehmungsrichter in Berlin insgesamt 16 Haftbefehle erlassen wurden gegen Personen, die der Beteiligung an der Ermordung der Schupooffiziere Lenk und Anlauf verdächtig sind.

Hoovers geheimnisvolle Pläne.

Vorläufig keine Reparationskonferenz.

Die Londoner Berichte, wonach die englische Regierung eine baldige Initiative Hoovers in der Revisionsfrage erwarte, werden von amtlichen Washingtoner Stellen mit betontem Nachdruck als unbegründet gekennzeichnet. Man erklärt immer wieder, daß die gegenwärtigen anormalen Wirtschaftsverhältnisse kein Maßstab für die Zahlungsfähigkeit der Gläubigermächte seien und erst die Auswirkung des Moratoriums abgewartet werden müsse. Die Möglichkeit, daß Macdonald versucht habe, Hoover durch Vermittlung des Staatssekretärs Stimson zur Einberufung einer internationalen Revisionskonferenz zu veranlassen, wird in Washington nicht bestritten, obwohl ein entsprechender Bericht des Staatssekretärs nicht vorzuliegen scheint. Jedoch erklärt man, daß eine derartige Anregung des englischen Ministerpräsidenten entweder keine oder eine abschlägige Antwort erfahren haben würde.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times" berichtet, daß jede Meldung über eine bevorstehende internationale Konferenz zur Regelung der Kriegsschulden und Reparationen als verfrüht anzusehen sei. Mit der Frage der Kriegsschulden und der mit ihnen innig verbundenen Reparationen müsse sich der Präsident soviel Zeit als möglich lassen. In Anbetracht der bevorstehenden Präsidentenwahlen würde es der Höhepunkt der Ungeschicklichkeit sein, irgendeinen entscheidenden Schritt zu unternehmen, ohne sich vorher über die zu erwartende Aufnahme bei der amerikanischen Öffentlichkeit genau orientiert zu haben. Der kommende Winter würde zeigen, mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg die amerikanische Regierung diejenigen Pläne Hoovers auszuführen in der Lage sei, die er hege, die er aber noch nicht bekanntgeben könne.

Steuern und Zahlungskrise.

Starker Rückgang der Reichssteuereinnahmen.

Im Monat Juli 1931 betragen die Einnahmen des Reichs aus den Besitz- und Verkehrssteuern 550,2 Millionen Mark, aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben 278 Millionen Mark, zusammen 828,2 Millionen Mark. Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer wurde erheblich durch die Vorauszahlungen, die im Juli fällig waren, und durch Abschlußzahlungen für 1930 beeinflußt, das Aufkommen aus den Zöllen durch die vierteljährlichen Zollagerabrechnungen. Das Aufkommen im Juli 1931 ist gegenüber der Vorschätzung um 186 Millionen Mark, gegenüber Juli 1930 mit 1097 Millionen Mark um etwa 268,8 Millionen Mark zurückgeblieben. Dies ist zum großen Teil auf die Bankenkrise und die dadurch hervorgerufene Stockung des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs zurückzuführen.

Herabsetzung, nicht Angleichung.

Die Löhne der Gemeindearbeiter und die Notverordnung.

Im Reichsarbeitsministerium fanden erneut Verhandlungen statt, um einen Ausweg aus dem Konflikt wegen der Herabsetzung der Löhne der Gemeindearbeiter zu finden, die durch die Notverordnung verlangt worden ist. Von zuständiger Stelle wurde darauf hingewiesen, daß nach der Notverordnung vom 5. Juni die Gemeinden verpflichtet sind, mit Wirkung vom 1. Oktober ab die Löhne der Gemeindearbeiter herabzusetzen. In der Notverordnung ist aber nicht vorgeschrieben, daß schon am 1. Oktober die Löhne der Gemeindearbeiter den Löhnen der Arbeiter des Reiches und der Länder angeglichen werden sollen.

Der Reichsarbeitsminister hatte den Parteien einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der zunächst einen vierprozentigen Abbau der Löhne vorsah, der aber von den Gewerkschaften als unannehmbar bezeichnet wurde. In den neuen Verhandlungen suchten der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände auf der einen Seite, der freigewerkschaftliche Gesamtverband und der Christliche Zentralverband auf der anderen Seite, unter Vermittlung des Arbeitsministeriums zu einem Vergleich zu kommen.

Die Sparmöglichkeiten der kleinen Gemeinden.

Großstädte sind nicht die „deutschen Gemeinden".

Der Deutsche Landkreistag, der Reichsstädtebund, der Deutsche Landgemeindetag und der Verband der Preußischen Provinzen teilt mit:

Die Vertretungen der ländlichen Gemeinden und Gemeindeverbände und der mittleren und kleinen Städte, der Deutsche Landkreistag, der Reichsstädtebund, der Deutsche Landgemeindetag sowie der Verband der Preußischen Provinzen sehen sich genötigt, an die Regierungen des Reichs und der Länder, die Parlamente und die gesamte Öffentlichkeit die dringende Bitte zu richten, in ihrer Stellungnahme und ihrer Kritik der kommunalen Betätigung nicht immer

die Verhältnisse großer Städte

zum Ausgangspunkt zu nehmen. Es wird gerade von der nichtgroßstädtischen Selbstverwaltung keineswegs bestritten, daß in unserer jetzigen Finanz- und Wirtschaftslage allergrößte Sparsamkeit ein Gebot dringender Notwendigkeit ist. Die genannten kommunalen Spitzenverbände müssen sich aber entschieden dagegen wenden, daß die Regierung Maßnahmen, die nur der Abstellung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen können, immer wieder verallgemeinert und

auf alle „Gemeinden"

und Gemeindeverbände ausdehnt. Tatsächlich ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, festzustellen, daß unbestreitbare und mit erheblichen Ausgaben verbundene Übertreibungen in vielen Arten der kommunalen Betätigung von der übergroßen Zahl der kleineren Gemeinden und der Gemeindeverbände — und hierzu gehört noch immer die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung — von jeher bewußt abgelehnt worden sind. Gleiche Sparmöglichkeiten, wie in großen Städten, sind in diesen Gemeindegruppen nicht vorhanden. Daher verlangen die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände eine

besondere Berücksichtigung

bei den zur Behebung der kommunalen Finanznot dringend notwendig gewordenen Maßnahmen des Reiches und der Länder. Wenn jetzt von einem Versagen der Selbstverwaltung in der öffentlichen Meinung gesprochen wird, so sollte sich diese Kritik nicht auf die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände erstrecken. **Es wäre unbillig, Maßnahmen, die zur Abstellung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen sollen, auf alle Selbstverwaltungskörper auszudehnen und diese unverschuldet in ihrer Betätigung zu lähmen. Großstädte und die „deutschen Gemeinden" und Gemeindeverbände sind nicht ein und dasselbe!**

Die Not der deutschen Städte.

Oberbürgermeister Sahm über ihre wirtschaftliche Lage.

Über die Not der Gemeinden sprach im Rundfunk Oberbürgermeister Dr. Sahm zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen und des Preußischen Städtetages. Er führte u. a. aus:

Privatwirtschaft, Reich, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam bekennen, daß sie unterschiedlos die Wirtschaftskraft Deutschlands unterschätzt haben, daß sie nicht erkannt haben, wie unsicher das Fundament war, auf dem sie aufgebaut haben. Immer stärker konzentriert sich alle Finanzgewalt beim Reich. Den Gemeinden ist der wesentliche Kern der Selbstverwaltung, die Finanzhoheit, entzogen. Der Kampf um den Finanzausgleich beherrscht die ganzen letzten Jahre und nimmt an Schärfe zu, je knapper das Reich um seiner eigenen Bedürfnisse willen den Anteil der Länder und Gemeinden bemißt. Immer neue Aufgaben werden den Gemeinden von Reich und Ländern überwiesen, und die Einheitlichkeit der Verwaltung geht durch Schaffung von Sonderverwaltungen verloren. Besonders werden die Städte durch die vom Reich vorgenommene Arbeitslosenfürsorge getroffen, die Lastenverteilung verschiebt sich immer mehr zuungunsten der Gemeinden. Die Entlastung von dem Unsicherheitsfaktor der Wohlfahrtserwerbslosen ist die dringendste Aufgabe zur Erneuerung der kommunalen Finanzwirtschaft.

Das Ausmaß der kurzfristigen Verschuldung der Gemeinden beziffert sich auf etwa 1,6 Milliarden Mark. Die Entstehung dieser Schulden hängt fast durchweg mit der den Gemeinden gegenüber eingeschlagenen Finanzpolitik des Reiches und der Länder zusammen. Die von den Gemeinden aus eigener Initiative seit 1929 eingeleitete Konsolidierungsaktion ist durch die ununterbrochene Zunahme der Wohlfahrtslasten in den letzten Monaten und durch die Krisis unterbrochen.

Die Gemeinden empfinden es auch als ungerecht, daß gerade jetzt Einzelerscheinungen kommunaler Besoldungspolitik maßlos verallgemeinert werden. Ausdrücklich muß vor der Einstellung gewarnt werden, als ob die jetzt gestellten besoldungspolitischen Forderungen irgendwie entscheidende Bedeutung für die finanzielle Lage der Gemeinden haben könnten.

Es bleibt zu wünschen, daß die Regierung die aus der Praxis geborenen Vorschläge des Deutschen Städtetages für Sparmaßnahmen sich rasch zu eigen macht. Das Reich darf seine Mitwirkung und Hilfe bei der Abdeckung der kurzfristigen Schulden der Gemeinden nicht versagen und muß ferner die zur Führung einer geordneten Verwaltung unentbehrlichen Kassenkredite bereitstellen.

Das Reich muß endlich die Gemeinden entlasten von den Aufwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen durch eine sofortige Neuorganisation, möglichst durch Vereinheitlichung von Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge.

Reichswirtschaftsrat und Nachtbackverbot.

Erleichterungen für das Bäckergewerbe.

Ein Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats hatte zu der Frage der Auflockerung oder Aufhebung des Nachtbackverbots gutachtlich Stellung zu nehmen. Der Ausschuß war einstimmig der Anschauung, daß eine Aufhebung des Nachtbackverbots nur dann in Frage kommen könne, wenn dadurch eine wesentliche Verbilligung des Brotpreises herbeigeführt wird. Ob solche wesentliche Preisermäßigung gesichert erscheine, darüber waren die Meinungen geteilt. **Dagegen fand ein Antrag, in allen Bäckereibetrieben die Vorbereitungsarbeiten für die Brot- und Brötchenherstellung schon um 3 Uhr morgens beginnen zu lassen, eine Mehrheit.** Mit großer Mehrheit wurde ein weiterer Antrag angenommen, daß das die Vertriebsspesen wesentlich erhöhende Verbot des Ausfahrens vor dem Beginn der Verkaufszeit aufgehoben wird. An dem Verbot des Verkaufs der Backware vor 7 Uhr wurde einmütig festgehalten.

Rund 4,1 Millionen Arbeitslose.

Absinken des Beschäftigungsgrades.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. August 1931 hat das **Absinken des Beschäftigungsgrades**, das in der zweiten Hälfte Juli eingesetzt hatte, in der ersten Augusthälfte **ein etwas rascheres Tempo angenommen.** Zwischen den beiden Stichtagen vom 15. Juli und 15. August 1931 ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 148 000, in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 129 000 gestiegen. Auf die Zeit vom 1. bis 15. August 1931 entfallen von der Zunahme rund 114 000 (i. V. rund 80 000).

Nach den Zählungen der Arbeitsämter war am 15. August eine Arbeitslosenzahl von rund 4 104 000 erreicht. In dieser Entwicklung dürften — neben der üblichen Verminderung in der Beschäftigung der Landwirtschaft — Auswirkungen in der Kreditkrise zum Ausdruck kommen.

In der Arbeitslosenversicherung hat die Entwicklung nunmehr eine steigende Richtung angenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um rund 20 000 auf **rund 1 225 000 erhöht.** Die Belastung der Krisenfürsorge weist **eine Zunahme um rund 29 000 auf.** Am 15. August wurden **rund 1 056 000 Empfänger der Krisenunterstützung gezählt.**

Zersetzungsarbeit in Schupo und Reichswehr.

Die kommunistische Zentrale aufgedeckt.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Vom 9. bis einschließlich 20. August war das sogenannte Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz, in dem sich die kommunistischen Parteibureaus befinden, zur Verhütung gesetzwidriger Ansammlungen in der Umgebung polizeilich besetzt. Die Durchsuchung hat umfangreiches Beweismaterial dafür erbracht, daß sich in dem Hause die Zentrale für Zersetzungsarbeit in Schutzpolizei und Reichswehr befand. Es wurden Unmengen von sogenanntem Zersetzungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden, die für die teils schon schwebenden, teils einzuleitenden Strafverfahren wegen Hochverrats von besonderer Bedeutung sind. In einem besonderen Koffer wurde eine umfangreiche Dokumentensammlung gefunden, deren Ursprung bzw. ordnungsgemäßer Erwerb, noch aufzuklären ist."

Macdonald hat Schwierigkeiten.

Vor einer englischen Kabinettskrise.

Die Verhandlungen über die vorgeschlagenen Notmaßnahmen der Regierung gestalten sich so schwierig, daß möglicherweise mit einer Kabinettskrise gerechnet werden muß.

Der Generalrat der Gewerkschaften hat die Regierung wissen lassen, daß er den Vorschlägen durchaus ablehnend gegenüberstehe.

Inoffiziell heißt es, daß die Gewerkschaften sogar die Einführung eines Zolltarifs den beabsichtigten Kürzungen der Sozialausgaben vorziehen würden. Als einziges Ergebnis seiner Verhandlungen gab der Generalrat in einer Veröffentlichung bekannt, daß er die Verhandlungen seiner Vertreter mit dem Kabinett billige. Dem Gewerkschaftskongreß soll eine umfassende Darstellung der Gesamtlage am 7. September in Bristol vorgelegt werden.

Der Widerstand des Generalrates der Gewerkschaften gegen jede Einmischung in das bestehende System der Arbeitslosenversicherung ist für das arbeiterparteiliche Kabinett deshalb möglicherweise von ausschlaggebender Bedeutung, weil über 100 Parlamentarier der Arbeiterpartei als Gewerkschaftsvertreter politisch eng mit den Gewerkschaften verbunden sind. Aber selbst für den Fall, daß sich die Gewerkschaften an Stelle der Kürzungen in den Sozialausgaben für die Einführung eines Zolltarifs einsetzen würden, wären damit die Schwierigkeiten des Kabinetts nicht behoben, da der Schatzkanzler Snowden, wie versichert wird, sich in diesem Punkte unversöhnlich zeigt, und zu keinerlei Zugeständnissen bereit ist.

Der ehemalige konservative Ministerpräsident Baldwin ist von Aix-les-bains, wo er Erholung suchte, telegraphisch nach London zurückgerufen worden und hat die Rückreise nach London angetreten. Man schließt daraus, daß die Lage des englischen Kabinetts infolge des unbefriedigenden Standes der Verhandlungen über die Sparmaßnahmen ernst geworden ist. Der Ministerpräsident hat seine Absicht, nach Schottland zu fliegen, um das Wochenende in Lossiemouth zu verbringen, im Hinblick auf die schwierige Lage aufgegeben.

Im Falle eines Kabinettswechsels würde der König, falls nicht sofort Neuwahlen ausgeschrieben würden, aller Wahrscheinlichkeit nach Baldwin mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Für ihn würden sich dann zwei Möglichkeiten ergeben, und zwar entweder die Bildung eines rein konservativen Kabinetts, das durch hinreichende Zugeständnisse an Macdonald und Lloyd George deren Unterstützung zur Durchführung der Notmaßnahmen gewinnt, oder eine Koalitionsregierung mit Baldwin als Ministerpräsident und Macdonald und Lloyd George bzw. deren Vertrauensleuten als Kabinettsminister.

Der letzte deutsche Kriegsgefangene.

Baldige Entlassung wahrscheinlich.

In dem Falle des vor zehn Jahren von einem französischen Kriegsgericht zu lebenslänglicher Deportation verurteilten Elsässers Schwartz ist endlich ein entscheidender Fortschritt zu verzeichnen. Alle Bemühungen zur Befreiung des zweifellos unschuldig Verurteilten, der als letzter deutscher Kriegsgefangener in der französischen Verbrecherkolonie Cayenne festgehalten wird, scheiterten bisher daran, daß Frankreich die deutsche Staatsangehörigkeit des Schwartz nicht anerkannte und daher sein Verhalten als deutscher Soldat im Kriege als Hochverrat gegenüber seinem französischen Vaterlande betrachtete.

Nunmehr meldet das französische „Journal officiel", daß durch ein Dekret Schwartz „ermächtigt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bewahren". Damit ist die Hoffnung gegeben, daß der seit Februar 1919 gefangene Elsässer in nächster Zeit zu seiner in Deutschland wohnenden Familie zurückkehren kann.

Ein Flugzeug im Eismeer entdeckt.

Auf einem Arktisphoto der Zeppelin-Expedition.

Der Geophysiker, Universitätsprofessor Dr. Weickmann, der wissenschaftliche Teilnehmer der Zeppelin-Expedition in die Arktis, teilt u. a. mit: Bei einer Aufnahme des Professors Moltschanow vom Arktisflug, die eine Firnlandschaft von Nowaja Semlja zeigt, **fanden wird ein Flugzeug mitten im Firnschnee von Nowaja Semlja. Das Flugzeug scheint ein Flugboot zu sein. Die Wahrscheinlichkeit und der tatsächliche Bildbefund sprechen gegen die Annahme, daß es sich um Amundsens Flugzeug handelt.** Das von uns photographierte Flugzeug ist ein Eindecker, während das Lathamflugzeug Amundsens ein Doppeldecker war. Professor Moltschanow hat die russische Regierung von seiner Entdeckung verständigt. Es werden in Nowaja Semlja Nachforschungen angestellt werden.

Die Mission des Rundfunks.

Feierliche Eröffnung der Achten Deutschen Funkausstellung

Die Achte Große Deutsche Funkausstellung, der zum zweiten Male die Phonoschau angegliedert ist, wurde vor etwa 2500 geladenen Ehrengästen aus Kreisen der Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Diplomatie und Presse in den Berliner Ausstellungshallen am Kaiserdamm feierlich eröffnet. Staatssekretär a. D. Dr. Bredow hielt in Vertretung des Vorsitzenden des Ehrenausschusses, Reichspostminister Dr. Schätzel, die Eröffnungsrede, in der er an die Kindheitstage des Rundfunks erinnerte. Die Entwicklung habe alle Erwartungen übertroffen. Der Rundfunk sei heute

ein wichtiger Träger unseres Gemeinschaftslebens

geworden. In den schweren Julitagen, als unser Vaterland vor dem Abgrund stand, habe der Rundfunk seine höchste Mission bewiesen und die Möglichkeit geboten, die geängstigte Öffentlichkeit unmittelbar durch den Mund der Verantwortlichen über die Lage und die zu treffenden Maßnahmen aufzuklären und zu beruhigen. Es sei nicht dasselbe, ob ein Staatsmann etwa im Parlament seine Gedanken vortrage oder ob er unmittelbar zu seinen Hörern innerhalb und außerhalb der Grenzen spreche. Der Reichskanzler habe mit seiner Rundfunkrede einen Hörerkreis gefunden, wie er keinem Staatsmann früher je beschieden gewesen sei. Die Übertragung der „Tristan"-Aufführung in Bayreuth über drei Erdteile hinweg habe Millionen von Menschen zum erstenmal die Schönheiten Wagnerscher Musik offenbart. Der Rundfunk habe so bewiesen, daß er

ein kulturelles und politisches Bindeglied

von ungeahnter Wirkung zwischen den Völkern werden könne. Die freie Entwicklung des Rundfunks unter verantwortungsbewußten und geistig wie politisch unabhängigen Männern müsse auch in Zukunft gewährleistet werden. Die gemeinschaftliche Ausstellung der gesamten elektroakustischen Industrie solle zeigen, was die deutsche Technik auf diesem Gebiet neues geleistet habe.

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm wies in seiner Ansprache darauf hin, daß unter den Teilstädten Berlins die Stadt rings um den Funkturm, die Funkstadt, ohnegleichen in Vergangenheit und Gegenwart sei. Für die heutige Ausstellung sei der Name Funkausstellung schon viel zu eng geworden, sie könne sich mit vollem Recht

eine Ausstellung der Äther- und Schallwelle

nennen. Er gebe dem Wunsche Ausdruck, daß aus einem glücklichen Erfolg der Ausstellung Aufträge und Arbeitsbeschaffung hervorgehen und Wissenschaft und Technik neue Anregungen gewinnen möchten.

Als letzter Redner führte das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verbandes der Funkindustrie, Dr. Michel, aus, daß der gesunde Optimismus in der deutschen Funkindustrie den Antrieb auch zu der diesjährigen Ausstellung gegeben habe. Der Redner zeichnete ein Bild der Entwicklung des Rundfunks und ging sodann auf die Fernsehtechnik über, die im Zusammenhang mit der drahtlosen Wiedergabe von Tonfilmen in den Kreis praktischer Anwendungsmöglichkeit gerückt sei. Das Ziel der elektroakustischen Industrie sei,

ein Universalgerät für häusliche Unterhaltung und Belehrung

zu schaffen, welches gleichermaßen dem Rundfunk, dem Fernsehen und der Schallplattenwiedergabe gerecht werde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 22. August 1931.

Jenseits.

Psalm 14, 1: Die Toren sprechen in ihrem Herzen: Es ist kein Gott.

Eilig rollt die Binde um meinen Kopf, Windung um Windung. Nun ist sie abgerollt, und es ist Nacht um mich. Kein Strahl von draußen dringt herein zu mir, die Welt des Lichtes liegt jenseits von dem Vorhang, den die Binde um meine Augen gezogen hat. Soll ich nun sagen: „Die Welt des Lichtes ist nicht vorhanden, weil ich sie nicht sehe?" Nicht wahr, das wäre töricht. Doch reden viele so: „Was ich nicht sehe, daran glaube ich nicht, ich sehe kein Jenseits, ich sehe keinen Gott, also glaube ich nicht daran."

Aber ist das nicht doch etwas anderes, kann man nicht sagen: „Du hast leicht glauben an die Erdenwelt des Lichts jenseits vom Vorhang deiner Binden, denn du hast diese Welt gesehen, ehe das enge Dunkel um dich gespannt wurde, und sie steht als Erinnerung vor deinem Auge mit ihrem Licht und mit ihren Gestalten. Du kannst die Sprachen hören, die aus ihr zu dir sprechen, du kannst sie

Aufbau statt Abbau.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Wir stehen in Erwartung der Enthüllung des großen Sanierungsgeheimnisses der Reichsregierung. In den kommenden Notverordnungen wird uns mitgeteilt werden müssen, welche positiven Maßregeln die Regierung gegen die Wirtschaftsnot zu ergreifen gedenkt. Wir hoffen, daß diese Verordnungen nicht wie bisher nur Abbau und Sparen bringen werden, sondern auch endlich einmal wenigstens den Anfang eines Aufbaues zeigen werden. Es kommt ja schließlich und endlich nicht so sehr darauf an, daß gespart wird, sondern darauf, daß diese Ersparungen sich produktiv auswirken, sonst wird das, was bisher Abbau als Vorbereitung zum Aufbau erschien, zum Raubbau. Einstweilen jedenfalls hat es den Anschein, als ob Steuern ebenso wie Sparschraube nicht weiter angezogen werden können, denn es ist so gut wie nichts mehr da, woraus man noch pressen könnte. Die Arbeitslosigkeit ist im Juli nach nur vier Monaten saisonmäßigen Rückganges, und zwar vor allem in der zweiten Julihälfte, wieder gestiegen. Das Konjunkturforschungsinstitut weist mit Recht darauf hin, daß man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Juli wohl kaum bereits als Folge der Bankenkrise betrachten darf; denn die Erschütterungen des Kredits können sich in der Beschäftigung kaum in so kurzer Zeit auswirken. Der frühzeitige Umschwung auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahre liegt vielmehr durchaus im Rahmen der Konjunkturtendenz, die sich in den vorausgegangenen Monaten herausgebildet hatte. Als erschwerendes Moment kommt hinzu, daß in diesem Jahre das Baugewerbe und die damit zusammenhängenden Industriezweige den Arbeitsmarkt keineswegs in der üblichen Weise entlasten und so den Druck des Konjunkturrückganges in den Sommermonaten verstärken. Die vollen Wirkungen der Kreditkrisis auf dem Arbeitsmarkt werden erst die nächsten Monate zeigen, denn es wird sich kaum vermeiden lassen, daß die Unternehmer unter dem Druck der Kreditkrisis ihre Dispositionen und damit ihre Beschäftigung entsprechend einschränken müssen. Der Reichskanzler hat kürzlich angedeutet, daß die Zahl der Arbeitslosen auf sieben Millionen in diesem Winter hinaufschnellen könnte, eine Zahl, die nicht nur an sich Schrecken erregen muß, sondern die auch geeignet ist, ernste Besorgnisse darüber auszulösen, ob es gelingen wird, die für die Unterstützung der Arbeitslosen notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen. Denn der Rückgang der Steuereinnahmen hat trotz der Notverordnungen nicht nachgelassen. Deswegen sieht sich auch die Reichsregierung gezwungen, auf einer Drosselung der Ausgaben in den Ländern und Gemeinden zu bestehen. Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtebundes hat anscheinend bei der Reichsregierung nicht gerade eine günstige Aufnahme gefunden, und es ist anzunehmen, daß das Reich weiterhin schärfsten Druck auf die Großstädte ausüben wird, damit diese ihren Haushalt in Ordnung bringen. Hoffentlich übersieht man dabei in der Reichsregierung nicht, daß die Großstädte nicht identisch sind mit sämtlichen deutschen Gemeinden, auch wenn der Deutsche Städtetag schlechthin im Namen aller deutschen Gemeinden sprechen zu dürfen glaubt. Bekanntlich lebt aber mehr als die Hälfte der deutschen Einwohnerschaft noch in Landgemeinden, die zum größten Teil ehrenamtlich verwaltet sind, keinen Beamtenapparat haben, so daß bei ihnen personelle Einsparungen ausgeschlossen sind und die durch ihre herkömmliche sparsame Einstellung sich vielfach den Vorwurf kommunaler Rückständigkeit gefallen lassen müssen. Man wird wohl annehmen können, daß sich die Landgemeinden und Landkreise sehr energisch dagegen zur Wehr setzen werden, daß die Großstädte durch ihre Taktik eine Haltung einzelner Regierungsstellen heraufbeschworen haben, die die Großstädte mit den mehr als 50 000 deutschen Landgemeinden und kleinen und mittleren Städten verwechselt.

Ein Trost in diesen trüben Tagen ist es noch, daß die Ernte hereingebracht werden konnte. Hoffentlich gelingt es jetzt den Maßnahmen der Reichsregierung, die Ernte so zu finanzieren und ihre Bewegung so zu regulieren, daß der Landwirtschaft nicht neue Verluste entstehen. Wenn auch bei der Erntefinanzierung Reichsmittel in bescheidenem Umfange verwendet werden müssen, so ist das volkswirtschaftlich gesehen kein Nachteil, sondern eher ein Vorteil, weil alles, was die deutsche Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse erlöst, im Lande bleibt.

Mittelstandsvertreter beim Reichskanzler.

Die Verhandlungen zum großen Sanierungsplan.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing eine Reihe von Mittelstandsvertretern, nämlich den Vorsitzenden der Haus- und Grundbesitzervereine, Humar, dann den Präsidenten des Handwerkskammertages von Hannover, Meusch, und den Geschäftsführer des Deutschen Einzelhandelverbandes, Tiburtius.

Die Besprechungen galten Fragen der Hauszinssteuer und der allgemeinen Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes. An diese erste Beratung werden sich weitere Verhandlungen anschließen. Eine Denkschrift über die besprochenen Fragen wird in etwa acht Tagen durch Stadtrat Humar der Öffentlichkeit übergeben werden.

Im preußischen Finanzministerium fand eine der üblichen Zusammenkünfte zwischen den Finanzministern der größeren deutschen Länder statt, die regelmäßig in gewissen Zeitabständen in Berlin zusammentreffen und meistens auch mit Reichsfinanzminister Dietrich einen Gedankenaustausch über die jeweils aktuellen Probleme pflegen.

Der Bankenausschuß des Reichskabinetts, nämlich der Wirtschaftsausschuß gemeinsam mit dem hierfür berufenen Sachverständigen, wird Sonnabend wieder zusammentreten. Das von der Reichsregierung erbetene Material über die Verhältnisse der Dresdner und der Darmstädter und Nationalbank ist inzwischen eingetroffen. Auf Grund dieses Materials wird die Reichsregierung neue Fragen über die zu treffenden Maßregeln an die Sachverständigen richten. Mit einem Abschluß der Beratungen wird erst für die nächste Woche gerechnet, ebenso mit den personellen Entscheidungen.

Die Vertreter des Handwerks beim Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg die Vertreter der Spitzenverbände des deutschen Handwerks zu einer Aussprache.

Für den Berufsstand waren erschienen der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Stadtrat Bäckerobermeister Pflugmacher-Magdeburg, der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Friedrich Derlien-Hannover, der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Professor Dr. Stein-Berlin und der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Dr. Meusch-Hannover.

Unter Hinweis auf die derzeitige Wirtschaftslage betonten die Vertreter des Handwerks die Notwendigkeit einer verstärkten Rücksichtnahme auf den gewerblichen Mittelstand. Es sei dringend geboten, bei allen zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung deren Auswirkungen auf das Handwerk zu beachten und zu diesem Zwecke laufend sachverständige Vertrauensleute aus diesen Kreisen zu Rate zu ziehen. Das Handwerk erwarte ein sichtbares Zeichen der Reichsregierung, um dem gewerblichen Mittelstand das Gefühl der Vernachlässigung und Vereinsamung zu nehmen, das im Laufe der letzten zehn Jahre sich mehr und mehr ausgebreitet habe.

An die Ausführungen der Vertreter des Handwerks knüpfte sich eine rege Aussprache, in deren Verlauf sich der Reichskanzler bereit erklärte, entsprechend dem Fortschreiten der beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung erneute Besprechungen mit den berufenen Vertretungen des Handwerks herbeizuführen.

In Verfolg dieser Aussprache wird am 27. August eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Trendelenburg im Reichswirtschaftsministerium stattfinden.

August Graf Neithardt von Gneisenau.

Zur 100. Wiederkehr seines Todestages.

Vor wenigen Wochen gedachte Deutschland, gedachte vor allem Preußen des Todestages des Freiherrn vom und zum Stein. Jetzt ist wieder eines großen Mannes aus der Zeit der Befreiungskriege, eines Mannes, der Steins kluger und eifriger Mitarbeiter bei der Befreiung Preußens war, zu gedenken: des Grafen Neithardt von Gneisenau, der vor hundert Jahren, in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1831, zu Posen, wo er die Führung im Kampfe gegen die aufständischen Polen übernehmen sollte, der Cholera erlegen ist.



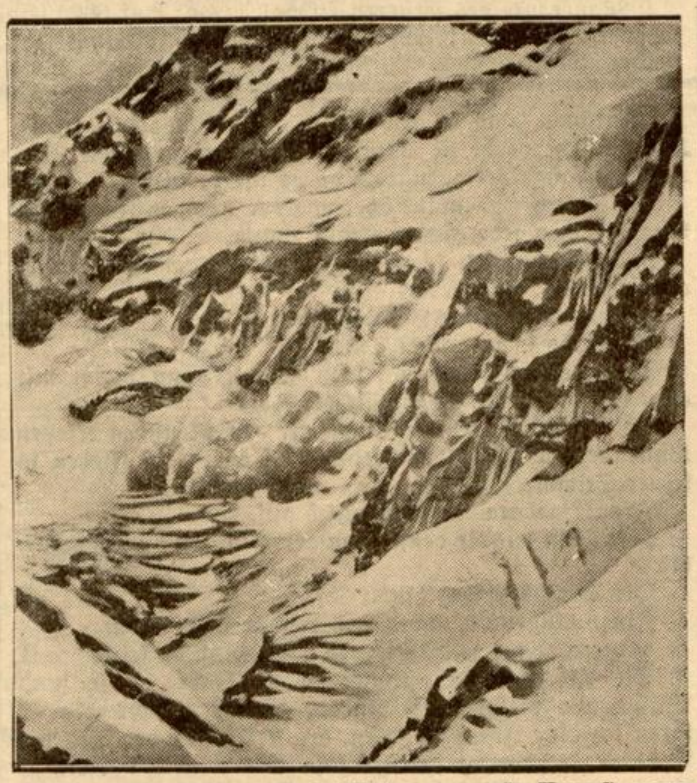
Neithardt von Gneisenau hieß ursprünglich nur Neithardt. Er war zu Schildau in der preußischen Provinz Sachsen als Sohn eines sächsischen Artillerieleutnants, der aus einer österreichischen Familie stammte, geboren worden. Trotz seiner vornehmen Abkunft wuchs er in den ärmlichsten Verhältnissen auf. Nachdem er seine Studien in der Jesuitenschule zu Würzburg aus Geldmangel hatte abbrechen müssen, nahm er Dienste im österreichischen Heere und später im Heere des Markgrafen von Ansbach-Bayreuth. Mit einem Regiment dieses Markgrafen, das von England aufgekauft war, kam er für kurze Zeit auch nach Amerika. Nach seiner Rückkehr trat er in das preußische Heer ein, wo er durch die erfolgreiche Verteidigung von Kolberg — zusammen mit Nettelbeck — sich einen Namen machte. Von Kolberg aus wurde er in die „Militärorganisationskommission", die die Ausbildung und Zusammensetzung des preußischen Heeres neu regeln sollte, berufen. Und nun begann sein Aufstieg. Er wurde in Berlin einer der Führer der Kriegspartei, die die Zeit gekommen sah, den Kampf mit Napoleon von neuem aufzunehmen. Als Generalquartiermeister des Blücherschen Korps und nach dem Tode Scharnhorsts als Chef des Generalstabes der Schlesischen Armee hatte er wesentlichen Anteil an den großen Siegen, die gegen den bis dahin für unbesiegbar gehaltenen Franzosenkaiser erfochten wurden. Nach dem Pariser Frieden von 1814 wurde er in den Grafenstand erhoben; den Namen von Gneisenau führte er schon seit 1782 und zwar nach einem Gute in Österreich, das früher seiner Familie gehört hatte.

1815 nach der Rückkehr Napoleons von Elba war er wieder Chef des Blücherschen Generalstabes. Er ordnete nach der verlorenen Schlacht bei Ligny wegen Blüchers Erkrankung selbständig den Rückzug und zwar derart, daß die Armee zwei Tage darauf durch ihr überraschendes Erscheinen die Schlacht bei Waterloo entschied; durch die nachdrückliche, von ihm selbst geleitete Verfolgung der fliehenden Franzosen bewirkte er, daß dieser Sieg dem Kriege ein Ende machte. 1818 war Gneisenau Gouverneur von Berlin und Mitglied des Staatsrates. In Berlin ist ihm auf dem Opernplatze ein von Rauch gefertigtes Erzstandbild errichtet worden.

Todessturz am Himalaja.

Zwei deutsche Expeditionsteilnehmer getötet.

Unter den Teilnehmern der zweiten deutschen Himalajaexpedition, die unter der Führung des bekannten Notars Bauer steht, befand sich auch der Studierende der Ingenieurkunde an der Münchener Technischen Hochschule, Hermann Schaler. Wie nunmehr der Akademische Alpenverein München mitteilt, hat Hermann Schaller zusammen



mit einem Träger durch Absturz am 9. August vom Kangchendzönga seinen Tod gefunden.

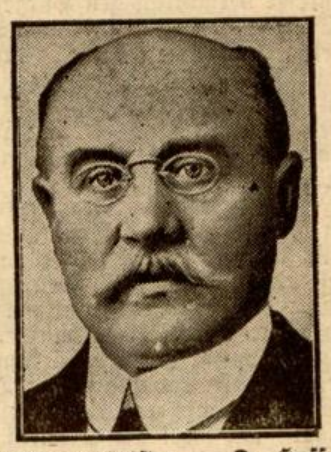
Der erst 25jährige Hermann Schaller war schon seit vielen Jahren ein begeisterter Bergsteiger und hatte im Karwendel, im Wilden Kaiser, in den Dolomiten und auch in den Westalpen schwere und schwerste Besteigungen ausgeführt. Mit Rücksicht auf diese hochalpinen Leistungen war ihm die Ehre zuteil geworden, an der zweiten deutschen Himalajaexpedition teilzunehmen.

Eine Mystifikation.

Zum Verbot der Zeitung Der Angriff.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Die Tageszeitung Der Angriff ist auf Grund der Notverordnung bis 26. August verboten worden. Das genannte Blatt hat in sensationeller Form die Behauptung aufgestellt, daß Reichsbannerleute als Täter für das Eisenbahnattentat von Jüterbog in Frage kämen. Diese Behauptung, die mit den polizeilichen Ermittlungen in der Attentatsache Jüterbog in keiner Weise übereinstimmt, stellt eine so außergewöhnliche Verletzung der auch im politischen Kampf zu beachtenden Grenzen dar, daß eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit und Ordnung als vorliegend erachtet werden muß. Bemerkt sei noch, daß unter den vielen hundert Spuren, die in der Attentatssache Jüterbog verfolgt werden, keine einzige vorhanden ist, die auch nur andeutungsweise in der vom Angriff behaupteten Richtung liegt."

Die zum Verbot der Zeitung führende Behauptung stützte sich auf ein Schreiben eines „Verbandes der Bahnschutzpolizisten". Die Reichsbahn hat festgestellt, daß es einen solchen Verband nicht gibt. Wie die Reichsbahn weiter mitteilt, ist der mit Schreibmaschinenschrift geschriebene Brief mit dem Namen A. Volger unterzeichnet. Einen Reichsbahnangehörigen dieses Namens gebe es jedoch nicht, auch habe die Vernehmung sämtlicher in Betracht kommender Reichsbahnangehörigen ergeben, daß niemand von ihnen diesen Brief geschrieben habe. Es handle sich mithin um eine Mystifikation, wovon sich inzwischen auch der Redakteur des Angriff überzeugt habe.



Staatsminister a. D. Hoff

vollendete sein 80. Lebensjahr. Exzellenz Hoff hat sich in 48jähriger Tätigkeit bei den preußischen Privat- und Staatseisenbahnen außerordentliche Verdienste erworben. Auf seine Initiative ist auch die Errichtung des Eisenbahn-Töchterhorts und die Gründung des Verkehrs- und Baumuseums zurückzuführen.

Wohnungsnot des Völkerbundes.

Der Bau des neuen Völkerbundpalais gefährdet.

In den mit großem Aufwand eingeleiteten Arbeiten am Bau des neuen Völkerbundpalais ist eine Stockung eingetreten. Von den bisher beschäftigten 400 Arbeitern mußten plötzlich 350 entlassen werden. Die Ursachen dieser unvorhergesehenen Unterbrechung der Arbeiten liegen in der ungeklärten Finanzlage. Der Völkerbund hatte bereits vor Jahren einen Betrag von 25 Millionen Goldfrank für den Bau bewilligt, die durch Beitragszahlungen der einzelnen Staaten und aus den laufenden Mitteln des Völkerbunds zusammengebracht waren. Vor Jahren erfolgte die Grundsteinlegung des Neubaues, der in drei Jahren vollendet sein sollte. Die Leitung des Baues war vom Völkerbundsrat einer Gruppe von fünf Architekten übertragen worden, die der Rat nach den üblichen Methoden des politischen Kompromisses ausgewählt hatte. Es sind nunmehr schwere Mißstände zutage getreten, die die bevorstehende Vollversammlung des Völkerbundes im September beschäftigen werden. Bereits die Vergebung der großen Bauaufträge im Wert von vielen Millionen war auf starke berechtigte Kritik gestoßen. Die Bewerbungsanträge großer deutscher industrieller Firmen, die nach der Begutachtung von Sachverständigen vielfach nicht nur als die billigsten, sondern auch bei weitem zweckmäßigsten und praktischsten erklärt waren, wurden unter den nichtigsten Vorwänden immer wieder abgewiesen. Die deutschen Firmen wurden durch Einforderung neuer Vorschläge hingehalten, die großen Aufträge wurden meist französischen oder internationalen Konzernen übertragen. Erst nachdem die Hauptaufträge für den Rohbau vergeben waren, entschloß man sich auf deutscher Seite, auf die Vertretung Deutschlands im Bauausschuß des Völkerbundsekretariats zu drängen. Die Untersuchungen, die jetzt dieser Bauausschuß vorgenommen hat, haben ergeben, daß der Bau des Völkerbundpalais von der Architektengruppe, an deren

fühlen, wenn du um dich greifst?" Gewiß, so kann man fragen. Aber ist das wirklich anders? Tragen wir nicht alle die Bilder aus jener Welt, aus der wir gekommen sind, als uns die Geburt in das enge, dunkle Diesseits spannte, in uns? Vorstellungen von Vollkommenheit und Freiheit, von Wahrheit und Liebe usw.? Diese sind so wenig aus unserer dunklen Welt des Diesseits von uns geboren, wie ein Mensch, der von Kindheit an blind ist, sich Vorstellungen von Blume, Himmelsblau und Sonnenglanz schaffen kann. Und hören wir nicht auch die Stimme aus der Welt von drüben, die uns sagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt", die Stimme dessen, der da sagt: „Ich komme vom Vater, und ich gehe zum Vater"? und fühlen wir nicht jene andere Welt, die eigentliche Jenseitswelt, wenn unser Gewissen anstößt an etwas, was uns da im Wege ist, als göttliche Warnung und göttliches Gebot?

Nein, nein, es ist nicht anders, es ist dasselbe so wie so, und wer da sagt: „Ich glaube an nichts, was ich nicht sehe, soll sich ja nicht für weiser halten als andere. Die Welt jenseits des dunklen Vorhangs ist da, hier wie dort, und steht nicht in der Welt jenseits meines Vorhangs der Helfer, der mir segnend die scharfen Schnitte angetan und das Dunkel um mich gelegt hat, und wartet, bis er mir die Augen wieder öffnen kann zu lichterem Sehen und klarerem Erkennen?

Veränderliches Wetter.

Neue Störungen haben auch in der vergangenen Woche ziemlich unruhiges Wetter gebracht. Bei dem Vorübergang meist ziemlich kleiner Luftdruckstörungen kam es zu verbreiteten, meist allerdings lokalen Gewittern und Regenfällen. Besonders stark waren die Niederschlagsmengen in Südwestdeutschland, aber auch im Freistaat Sachsen wurden teilweise wolkenbruchartige Regengüsse verzeichnet. Die Temperaturen lagen bis Mitte der Woche zumeist in der Nähe der normalen Durchschnittswerte, im Osten und Nordosten sowie in Mitteldeutschland sogar etwas darüber.

Gegen Ende der Woche trat dann aber eine neue Abkühlung zunächst im Nordwesten ein, die jedoch ostwärts sich auszudehnen strebte. Da über den britischen Inseln neuerdings ein kräftiges Tiefdruckgebiet lagert und weitere Wirbel vom Ozean gemeldet werden, ist auch für die nächsten Tage mit einer Fortdauer des veränderten Witterungscharakters zu rechnen.

Das Jubiläum der Kartoffel.

Im Jahre 1581, also vor genau 350 Jahren, hielt die Kartoffel endgültig ihren Einzug in Europa. Indem wir Menschen dieses Ereignisses gedenken, erfüllen wir gegen die Kartoffel nur eine Dankespflicht. Ist doch die Kartoffel seither zu einem Volksnahrungsmittel von ungeheuerer Bedeutung geworden. Das geschah von Rechts wegen, und zwar vor allem wegen ihres hohen Nährwertes.

Die Kartoffel enthält reichlich Kohlehydrate, Vitamine und Mineralsalze. Ihre weiteren Vorzüge bestehen in der außergewöhnlich mannigfaltigen Art der Zubereitungsmöglichkeit, in ihrem angenehmen Geschmack, der leichten Verdaulichkeit, dem hohen Sättigungswert und nicht zuletzt in ihrem wohlfeilen Preise. Alle diese Eigenschaften verpflichten uns aber auch, von diesem Schatze zweckmäßigen Gebrauch zu machen. Vor allem ist es wichtig, zur Vermeidung von Nährstoffverlusten Kartoffeln stets mit der Schale zuzubereiten. Am besten wird man sie im Dampftopf dämpfen, in jedem Falle aber ungeschält mit kaltem Wasser ansetzen.

Durch ihren nur geringen Gehalt an Eiweiß und Fett können Kartoffeln natürlich niemals das einzige Nahrungsmittel bilden, sondern sie dürfen stets nur als Beikost verwendet werden. Das geschieht zweckmäßigerweise zusammen mit eiweiß- und fettreichen anderen Nahrungsmitteln, wie Fleisch, Fisch, Ei, Butter oder Fett. Wer denkt da nicht an die uns allen so vertrauten Gerichte, wie Hering mit Pellkartoffeln, Kartoffelpuffer, Rührei mit Bratkartoffeln und dergleichen mehr. Selbstverständlich muß der Kartoffel aber auch die nötige Pflege zuteil werden, zunächst damit sie nicht erfriert. Denn dadurch leidet besonders ihr Geschmack. Weiterhin muß sie in dunklen, frostfreien Kellern so gelagert werden, daß sie nicht durch zu große Wärme oder zu große Feuchtigkeit zum Keimen kommt. Die Keime der Kartoffel sind giftig und müssen daher vor der Zubereitung für den menschlichen Genuß stets sorgfältig entfernt werden.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: 1 Wäschekorb. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—=) **Strandbad Herpine.** Am gestrigen Freitagabend fand im Lokale Fasbender eine Sitzung des Arbeitsausschusses statt. Das Bauamt hatte die Pläne, Berechnungen und Zeichnungen fertiggestellt und lagen zur Einsichtnahme und Beratung vor. Das Wasserbecken soll, wie schon berichtet, eine Größe von 60 mal 90 m und das Planschbecken 20 mal 40 m haben. Herr Amtsbaumeister Beucker hielt an Hand der Zeichnungen einen kurzen Vortrag über die Anlage des Strandbades und die evtl. Kostenfrage. Anschließend leitete der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Herr Krankenkassengeschäftsführer W. Lemmer die Besprechung ein. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob man die Arbeiten zur Herrichtung eines Strandbades zur Ausführung bringen soll. Allgemein war die Ansicht, daß man es bei genügender Mitgliederzahl und freiwillig zu leistender Arbeit die Anlage zur Durchführung bringen kann. Das zu errichtende Strandbad soll nicht einem bestimmten Mitgliederkreis zugänglich sein, sondern der Allgemeinheit dienen. In einer größeren Versammlung am Samstag, den 29. August im Haus zur Fuhr soll über die weitere Ausgestaltung und Errichtung des zu bauenden Strandbades in der Herpine Beschluß gefaßt werden. Alle Interessenten seien daher schon heute auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

—=) **Jungviehschau.** Der Landwirtschaftliche Kreisverein Altena veranstaltet am Montag, den 31. August nachm. 4 Uhr in Halver (Karlshöhe) und an demselben Tage, nachm. 2 Uhr in Kierspe eine Jungviehschau mit Prämiierung. Die Vorführung der Tiere erfolgt auf eigenes Risiko. Die Anmeldungen sind bis 24. August an die Ortsvereinsvorsitzenden zu richten.

„" **Schwenke.** Für den 30. 8. bereitet der **MGV. Germania-Hohenplanken 1875** sein diesjähriges Sommerfest vor. Wie schon die aushängenden Plakate besagen, wird besonders in Bezug auf die gesanglichen Darbietungen etwas Reichhaltiges und sicherlich Gutes geboten. Außer dem unter der Leitung des Herrn B. Lockemann stehenden MGV. Wellringrade sind 4 weitere Brudervereine des Festvereins für die Mitwirkung gewonnen. Den musikalischen Teil bestreitet die Becker'sche Kapelle. Was außerhalb dieses Programms geboten wird, wird sicherlich alle Besucher zufrieden stellen, da auch dieser Teil so gestaltet ist, daß für Freude und gute Unterhaltung bestens gesorgt ist. Auch für die Kinder sind allerlei süße Scherze und Späße vorgesehen, damit auch die Kleinen der Eichhofer Bauerschaft und Umgebung auf ihre Kosten kommen. Also Ihr Eltern, bringt auch die Kinder mit. Dem Konzertteil schließt sich um 8 Uhr abends der Ball an. Die Eintrittspreise sind zeitgemäß niedrig gehalten. Die Sommerfeste des festgebenden Vereins haben noch immer gut gefallen und guten Besuch zu verzeichnen gehabt. Es ist, mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage, die einzige offizielle Veranstaltung des Vereins in diesem Jahre. Schon aus diesem Grunde wünschen wir einen vollen Erfolg und gutes Wetter. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung im Saale der Ww. Schulte statt. Beginn der Feier nachm. 3½ Uhr. Vergeßt auch heute des deutschen Volkes Bestes nicht, das deutsche Lied!

Kierspe

—r **Vermißt.** Die Hausgehilfin Elisabeth Pielhau aus Kierspe geboren am 1. Oktober 1912 ist seit dem 18. d. M. verschwunden. Sie ist 1,60 m groß und bekleidet mit grau-braun karriertem hellen Mantel, weißem Rips-Kleid, grauen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen. Wer über sie Auskunft geben kann, wird gebeten, solche der Polizeistation Kierspe zu erteilen.

*

Holthausen. Wiederaufbau. Eine Plettenberger Baufirma ist augenblicklich dabei, den Seutheschen Saal wieder aufzubauen. Der Saal, der ein Opfer der Wirbelsturmkatastrophe im Juni geworden und bis auf die Grundmauern vernichtet war, soll jetzt in viel größerem Umfang wieder erstehen und bis zu 600 Personen Platz bieten. Der alte Saal, der der einzigste im ganzen Ort war, diente gleichzeitig dem Turnverein als Uebungsraum. Bekanntlich wären bei der Sturmkatastrophe fast mehrere Mitglieder des Turnvereins, die gerade ihren Turnübungen nachgingen, verunglückt. Dem Turnverein wird mit dem Neubau wieder ein Uebungsraum geschaffen. Es verschwindet somit ein weiteres „Andenken" an das große Unglück im Elsetal, zumal auch bereits die entwurzelten Tannenwälder am Köbbinghauser Hammer und oberhalb der Ortschaft Köbbinghausen, in denen der Sturm besonders gehaust hatte, forstwirtschaftlich abgetrieben sind.

Hannover. Falschmünzer festgenommen. **Die Kriminalpolizei hat einen älteren Mann festgenommen, der sich mit der Herstellung von falschen Fünf- und Zweireichsmarkstücken befaßt hat. In seiner Wohnung und Werkstatt wurde eine Anzahl Falschstücke und die zur Herstellung nötigen Materialien und Gerätschaften vorgefunden und beschlagnahmt. Unabhängig hiervon konnte ein wegen anderer Straftaten schon mehrere Wochen in Haft befindlicher Mann, aus einem Ort vor Hannover gebürtig auch der Falschmünzerei überführt werden.**

Stadtoldendorf. Der Direktor der hiesigen Bezirksberufsschule, der Gewerbeoberlehrer Adolf Heindorf, ist von seiner vorgesetzten Behörde vorläufig seines Amtes enthoben worden, da er in dem Verdacht steht, Schulgelder zum Teil für sich veruntreut zu haben. Mit der Amtsenthebung ist ein Disziplinarverfahren gegen Heindorf eingeleitet. Bei den veruntreuten Geldern handelt es sich um Zuschüsse zur Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen, die an Heindorf direkt von der Behörde übermittelt waren.

Blankenburg (Harz). Auto gegen Eisenbahn. Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Straße Blankenburg—Halberstadt. Auf dem ungeschützten Bahnübergang bei Böhnshausen fuhr ein Auto gegen einen Rangierzug. Sämtliche vier Insassen des Wagens erlitten Verwundungen; zwei Damen wurden schwer verletzt in das Blankenburger Krankenhaus eingeliefert. Das Auto wurde zertrümmert. Ein Eisenbahnbeamter flog bei dem Zusammenprall in weitem Bogen aus dem Bremshäuschen in ein Ackerstück. Der Autoführer hatte das Herannahen des Zuges überhört, obgleich die üblichen Signale gegeben waren.

Gandersheim. Vom Erdrutsch bedroht. Durch einen Erdrutsch sind das Wohnhaus und die Nebengebäude des Maurers Wilhelm Zwickert in Badenhausen bedroht. Das Wohnhaus zeigt bereits auf der Giebelseite einen breiten Riß. Um den Einsturz des Gebäudes zu verhindern, hat die Ortspolizeibehörde Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Altona. Raubüberfall auf einen Postbeamten. Der Postschaffner Wilhelm Herse aus Rahlstedt wurde auf seiner Dienstfahrt in Rahlstedt von drei unbekannten Männern überfallen, die ihn beraubten und 642 Mark erbeuteten. Während des Ueberfalles zerschnitt der Schmiere stehende Täter Mäntel und Schläuche des dem Postbeamten gehörenden Rades.

○ **Straßenschlacht zwischen Vierzehnjährigen.** Im Norden Berlins ist es zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen etwa hundert zehn- und vierzehnjährigen Jungen gekommen. Die Gegner gingen mit Holzlatten, Eisenstangen und Gummischläuchen aufeinander los. Erst eine Polizeistreife konnte dem Treiben ein Ende machen. Ein Beteiligter wurde verletzt, zwölf junge Krieger wurden zur Feststellung ihrer Personalien mit zur Polizeiwache genommen.

○ **Lassowurf nach einem Autobusschaffner.** Ein aufregender Vorfall spielte sich in den vorgerückten Nachtstunden in Berlin-Friedenau ab. Als ein Omnibus an der Bordschwelle entlangfuhr, warf plötzlich ein Mann, der im Dunkeln gestanden hatte, ein Lasso nach dem auf der Plattform stehenden Schaffner. Glücklicherweise traf das Lasso jedoch nicht. Der Überfallene gab das Haltezeichen. Es dauerte aber einige Sekunden, ehe der vollbesetzte Autobus zum Stehen gebracht werden konnte. Inzwischen flüchtete der Lassowerfer und zwei Helfer, die sich hinter einem Baum versteckt hatten. Es gelang den Tätern, trotzdem sich auch mehrere Fahrgäste an der Verfolgung beteiligten, zu entkommen. Es wird angenommen, daß der Schaffner vom Perron hinuntergerissen und dann ausgeraubt werden sollte.

○ **Ein abgeschnittener Frauenkopf aufgefischt.** Von einem Angler wurde aus einem Abzugsgraben auf dem Gelände der Deutschen Werke in Berlin-Spandau ein abgeschnittener Frauenkopf aufgefischt. Der grausige Fund befand sich in einer Umhüllung von Zeitungspapier, die mit Bindfaden verschnürt war. Der Kopf wies eine große Schädelverletzung auf. Es wird vermutet, daß es sich um ein Verbrechen handelt.

○ **Selbstmord eines dreifachen Brandstifters.** Auf dem Grundstück des Mühlenbesitzers Vogt in der Ortschaft Allerheiligen (Kreis Ols) waren in kurzer Zeit hintereinander drei große Brände ausgebrochen. Nachforschungen ergaben, daß Vogt in allen Fällen die Brände selbst angelegt hat, um sich in den Besitz der hohen Versicherungssumme zu setzen. Als er nun in seinem Wohnzimmer von einem Beamten der Versicherungsgesellschaft vernommen werden sollte, während Landjägereibeamte auf seinem Anwesen Untersuchungen anstellten, zog er plötzlich unter dem Kopfkissen seines Bettes einen Revolver hervor und brachte sich, ehe es der Beamte verhindern konnte, einen tödlichen Schuß bei.

○ **Die Ehefrau mit dem Hammer erschlagen.** In Dreieichenhain bei Darmstadt wurde die 58 Jahre alte Landwirtsfrau Maria Bardonner in einer Blutlache liegend im Ziegenstall ihres Anwesens tot aufgefunden. Als mutmaßlicher Mörder wurde ihr Mann verhaftet, der auch gestand, seine Frau mit einem Hammer erschlagen zu haben.

Vom Gräberfeld der deutschen Industrie.

Letmathe. In wirtschaftlicher Hinsicht geht unser Ort immer weiter bergab. Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Nun sieht sich die Kaltwalzfirma Rump, Abt. Letmathe, nachdem sie noch vor einiger Zeit Arbeiter in ihrem Betrieb einstellen konnte, gezwungen, bedeutende Entlassungen vorzunehmen.

Iserlohn. Die Firma P. Kuhlmann ist infolge finanzieller Schwierigkeiten gezwungen, ihre Belegschaft in Stärke von 60 Mann zu entlassen. — Die Firma Vollmann u. Schmelzer hat bei der Regierung die Stillegung beantragt. Danach kommen, sollte bis Anfang September sich die Wirtschaftslage nicht bessern, 122 Mann, darunter 22 Angestellte zur Entlassung. — Die Firma H. D. Eichelberg u. Co. in Menden hat bei der Regierung den Stillegungsantrag gestellt. Das Werk ist eines der größten Mendens und wenn tatsächlich die Betriebe geschlossen werden würden, so würde dies für die Stadt Menden einen schweren Schlag bedeuten. Der Antrag wird aber in Wirklichkeit nur eine vorbeugende Maßnahme sein.

Bochum. Die Orenstein & Koppel A.-G. beabsichtigt weitere Betriebseinschränkungen in ihrem Bochumer Werk vorzunehmen. Die Belegschaft, die sich zu Anfang des Jahres 1930 auf etwa 750 Mann belief und die seither schon auf ungefähr 300 Köpfe vermindert worden ist, soll durch Entlassung von weiteren hundert Mann noch stärker reduziert werden.

Oberhausen. Die Gutehoffnungshütte teilt mit: Leider hat der Versuch, die Brikettfabrik der Zeche Oberhausen nach Stillegung der Zeche in Betrieb zu halten, ergeben, daß der Weiterbetrieb unwirtschaftlich ist, und da bei der heutigen Wirtschaftslage die Weiterführung eines Verlustbetriebes unmöglich ist, haben wir uns entschließen müssen, die Brikettfabrik stillzulegen. Hiervon werden 30 Arbeiter betroffen.

Barmen. Die J. P. Bemberg-A.-G. plant weitere Betriebseinschränkung in ihren Barmer Fabriken. An zuständiger Stelle ist der Antrag auf Entlassung von 400 Arbeitern zu Anfang September gestellt worden.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 15. August 1931:

In der ersten Hälfte des Monats August stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen um 1028 auf 214 675. Davon entfallen 108 660 auf die Arbeitslosenversicherung (Zugang 336) und 106 015 auf die Krisenfürsorge (Zugang 692). Eine weit stärkere Zunahme erfuhr die Zahl der Arbeitsuchenden, die sich seit Ende Juli um 13 162 auf 377 443 erhöhte.

Aus der Entwicklung der Zahl der Arbeitsuchenden kann geschlossen werden, daß trotz der inzwischen eingetretenen Beruhigung die arbeitsmarktliche Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich zunimmt. Vom 1.—15. August gingen allein 115 Stillegungsanzeigen ein gegenüber 83 in der zweiten Julihälfte. Von diesen entfallen 67 auf die Metallindustrie (4500 bis 5000 Arbeitnehmer), 22 auf die Textilindustrie (2700 Arbeitnehmer, 9 auf die Industrie der Steine und Erden und 7 auf das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die allgemeine Unsicherheit über die kommende Entwicklung, die Erschwerungen im Im- und Export von Seiten des Geldmarktes, die Ungewißheit über die plötzlich sistierten, bereits in Abwicklung befindlichen Reparationsaufträge sowie die allgemeine Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen überhaupt sind die Gründe dieser anschwellenden Flut von Stillegungsanzeigen, durch die sich die Firmen für den äußersten Fall sichern wollen. Wird auch der vorsorgliche Charakter der Anzeigen z. T. betont, so dürften nach den Berichten der Arbeitsämter über den Verlauf der Stillegungsverhandlungen doch eine erhebliche Anzahl dieser Maßnahmen zeitweise durchgeführt werden. Schwerer als das eigentliche Ruhrgebiet scheinen der Bezirk der märkischen Kleineisen- und Metallwarenindustrie und der münsterländische Textilbezirk betroffen zu sein, in denen die mittleren Betriebe und Personalunternehmungen weitaus überwiegen. — Im Zuge dieser Entwicklung hat auch die allgemeine Fluktuation und die Kurzarbeit erheblich zugenommen.

Die Belegschaft des **rheinisch-westfälischen Ruhrkohlenbergbaues** wies Ende Juli einen Tiefstand von rd. 248 000 auf. (Januar 1930: 384 000). Im Juli wurden also wiederum rd. 3500 Bergarbeiter abgelegt. Nach den bereits ausgesprochenen Kündigungen ist auch für den August mit Entlassungen in demselben Umfange zu rechnen. Die Feierschichten sind trotzdem noch beträchtlich hoch. Der Rückgang der Belegschaft ist ein stärkerer als der der Produktion, da im Verlaufe der Depression eine nicht unerhebliche Leistungssteigerung pro Kopf der Belegschaft stattgefunden hat.

In der **Hütten- und Walzwerksindustrie** liegt die Produktion von Roheisen, Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen auf dem seit Anfang des Jahres beobachteten Tiefstand, ohne sich jedoch wesentlich verschlechtert zu haben (50—55% der Produktion von Mitte 1929). Trotzdem sinkt die Belegschaft seit Anfang des Jahres langsam weiter, so daß die im Vorjahr beobachtete, arbeitsmarktlich günstige Spanne zwischen Rückgang der Belegschaft und Rückgang der Produktion allmählich verschwindet. Der Belegschaftsindex der rheinisch-westfälischen Großeisenindustrie betrug im Juli 65 gegenüber 71 im Januar 1931 (Juni 1929 = 100), was einem Abbau von rd. 15 000 Mann entspricht. Die relativ stärksten Entlassungen erfolgten in Gelsenkirchen und Herne.

Mit Ausnahme der saisonmäßig belebten Konservenindustrie zeigen alle Zweige der besonders in Ostwestfalen vertretenen **Konsumgüterindustrien** einen starken Beschäftigungsrückgang. Das gilt besonders für das Tabakgewerbe.

Der Arbeitsmarkt des Bau- und Baustoffgewerbes war weiter stark rückläufig. Durch die Fertigstellung von Rohbauten, die Stillegung begonnener Bauten und die Zurückstellung geplanter Bauvorhaben erfolgten stärkere Zugänge

von Baufach- und -hilfsarbeitern. Die Rückwirkung war bereits im Ziegeleigewerbe und in der Zementindustrie, die weitere Betriebseinschränkungen vornahmen, spürbar. Die Beschäftigung der Steinbrüche leidet unter der Einschränkung der Straßenbauten durch die Kommunalbehörden.

255 Millionen Verluste des Nordwolle-Konzerns.

Aus dem in der ersten Gläubigerversammlung des Nordwolle-Konzerns in Bremen von dem Konkursverwalter erstatteten Bericht ergibt sich, daß die von der Treuhandverkehrs-AG. aufgestellte Bilanz einen Verlust von rund 197 Millionen Reichsmark aufweist, der sich bei Einbeziehung der nicht bewerteten Anlagen zum Buchwert einerseits und des Aktienkapitals und der Verwaltung andererseits auf rund 255 Millionen Reichsmark erhöht. Die Frage der Regreßpflicht der Verwaltungsorgane der Nordwolle wird in unmittelbarem Anschluß an die Gläubigerversammlung erfolgen. Auch Regreßansprüche an den Aufsichtsrat erscheinen jedenfalls zum Teil begründet.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 21. August

Deutscher Dampfer in der Ostsee gesunken.

Wilhelmshaven. Der deutsche Dampfer „Lya" ist in der Faresund gesunken. Der Dampfer befand sich mit einer Kohlenladung auf dem Wege von Danzig nach Aarbo in Finnland. Nachts fand plötzlich eine Kesselexplosion statt, der Dampfer wurde leck und ist rasch gesunken. Der schwedische Dampfer „Heimdall" konnte die elf Mann Besatzung retten. Er lief mit den deutschen Schiffbrüchigen Sandbam bei Stockholm an.

Kommunistisches Waffenlager ausgehoben.

Berlin. Im Zusammenhang mit der vor drei Tagen in Neuenhagen erfolgten Festnahme eines Kommunisten nahm die Abteilung I A in dem Hause Tilsiter Straße 85 eine Durchsuchung vor. Es wurden 12 Kisten mit Munition, Pistolen und Maschinenpistolen gefunden und beschlagnahmt.

Die Kämpfe auf Kuba dauern an.

Newyork. Die Washingtoner Meldung, wonach der dänische Dampfer „Frederiksborg" auf der Höhe des Hafens von Gibara während der schweren Kämpfe der letzten Tage um diese Stadt von kubanischen Flugzeugen mit Bomben und Maschinengewehrfeuer angegriffen worden sei, scheint sich zu bestätigen. Die schweren Kämpfe auf der Insel sind keineswegs abgeflaut, in Ostkuba dauern sie weiter an. Die Aufständischen stürmten den bedeutenden Hafen und Eisenbahnknotenpunkt Nuevitas. Die Bevölkerung Havannas ist durch wiederholte Schießereien an mehreren Stellen in der Hauptstadt, in die größte Unruhe versetzt worden. Auch wird die Erregung der Einwohnerschaft von Agitatoren noch geschürt, die einen baldigen Erfolg der revolutionären Bewegung voraussagen.

Die Verhaftungen in Wuppertal.

Wuppertal. Die Polizeiaktion gegen Mitglieder einer Nachfolgeorganisation des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes in Wuppertal hat sich in der Hauptsache auf die im Stadtteil Elberfeld wohnenden verdächtigen Personen erstreckt. Die vorläufig festgenommenen 16 Personen werden noch eingehend vernommen. Es steht fest, daß sich die Mehrzahl der Verhafteten wegen Hochverrats, Geheimbündelei und Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz wird verantworten müssen.

Hochwasser in Bayern.

München. Infolge der Niederschläge der letzten Tage ist in Bayern eine mittlere Hochwasserlage zu verzeichnen. Man rechnet mit neuerlichen Regenfällen und mit einem weiteren Ansteigen der Flüsse. Hochwassermeldungen liegen vor von den folgenden bayerischen Flüssen: Iller, Lech, Ammer, Isar, Inn usw.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. August.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,45 bis 20,49; holl. Gulden 169,78—170,12; Danz. 81,72—81,88; franz. Frank 16,49—16,53; schweiz. 81,86—82,02; Belg. 58,65—58,77; Italien 22,03—22,07; schwed. Krone 112,54—112,76; dän. 112,49 bis 112,71; norweg. 112,49—112,71; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 59.16—59,28; Argentinien 1,173—1,177; Spanien 37,06—37,14.

Familien-Nachrichten.

Geboren:

1 Tochter, Josef Schulte und Frau, Kierspe-Bhf. — 1 Tochter, Wilhelm Weiland und Frau, Kierspe-Bhf., — 1 Sohn, Erich Kirchhoff und Frau, Laura geb. Schulte, Altenhülscheid.

Verlobte:

Elfriede Becker und Robert Langemann, Carthausen und Rönsahl.

Vermählte:

Karl August Kilian und Erna Kilian geb. Benger, Schalksmühle.

Gestorben:

Heinrich Pohlmann zu Halver, 64 J. alt. — Johannes Kattwinkel zu Vorth bei Kierspe, 55 J. alt. — Ww. Carl Kind Emma geb. Stahlschmidt zu Meinerzhagen, 69 J. alt. — Ww. Ferd. Eick, Anna geb. Katerlöh, Carthausen 79 J. alt. — Ww. Friedr. Ehringhaus, Anna geb. Schnepper, Vormbaum, 76 J. alt. — Ww. Wilhelm Budde, Linden b. Grünenbaum 78 J. alt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Otto Haase & Co. zu Kierspe**, Alleininhaber Otto Haase zu Kierspe, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Beteiligung zu berücksichtigenden Forderungen — und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke — sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses — der Schlußtermin auf den 10. September 1931, vormittags 12 Uhr vor dem Amtsgerichte hierselbst Zimmer 8 bestimmt.

Meinerzhagen, den 14. August 1931.

Das Amtsgericht.

Wir bitten unsere Mitglieder, ihren

Winterbedarf an Weißkohl, Rotkohl und Zwiebeln

bis zum 31. August in den Verteilungsstellen anzugeben.

Konsumverein Halver.

Ueber Nacht

trocknen meine Ia. Bernstein Fußboden-Lackfarben.

Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke.

Günstige Gelegenheit!

Einige gut erhaltene gebrauchte

Pianos

sehr preiswert, auch gegen Teilzahlung abzugeben.

Carl Schmill, Hagen i. W..

Hofpianofabrik.

Billig und gut, wer wüßt es nicht schon?



ist einzig allein das Brikett „Union"!

CENTRAL

Theater Lüdenscheid.

Nur noch

Samstag

4⁰⁰ 6¹⁵ 8³⁰ Uhr

und Sonntag

2⁰⁰ 4¹⁰ 6²⁰ 8³⁰ Uhr

Im Westen

nichts Neues

Für Erwerbslose

nur noch Sonntag vorm. 11 Uhr

35 u. 55 Pfg.

Montag der neue Groß-Spielplan.



Führer und Wanderkarten

Kneebusch. Sauerlandführer 4.— Mark

Führer durch das Hauptwegenetz des Sauerlandes, mit groß. Wegekarte **1.20 Mark**

Sauerlandkarte Einzige amtliche Ausgabe des S. G. V 1 : 50000 **1.50 Mark**

Uebersichtskarte über das Sauerland 1 : 210000. Mit Hauptwanderstrecken, Jugendherbergen usw. **0.60 Mark**

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver

Telefon 442.

Grahambrot für Magen- u. Zuckerkranke

Alberts' Backwaren

Tortenböden

Teegebäck

stets frisch bei

Albert Vollmann, Kierspe.

Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Gewinnauszug

5. Klasse 37. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

11. Ziehungstag — 21. August 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 382191
2 Gewinne zu 10000 M. 108471
6 Gewinne zu 5000 M. 109704 220696 263909
6 Gewinne zu 3000 M. 78317 130822 180889
54 Gewinne zu 2000 M. 29261 33728 37508 38654 62765 63440 81038 95314 113948 135534 145956 165162 173102 200250 223424 236239 247680 285753 293138 307671 313932 329597 335637 338451 350297 391513 397663
86 Gewinne zu 1000 M. 26407 43289 56783 62064 63808 63892 67366 86428 93168 104235 136357 147088 148234 153305 154122 158714 169720 174136 191614 217728 228038 247465 251049 254945 258183 258940 260131 269392 279052 282780 292544 305749 309172 319344 324918 336403 340461 362197 365626 368006 371740 396041 399704
194 Gewinne zu 500 M. 11088 14621 18191 19157 22638 25368 31350 39275 42381 44722 51931 52738 61329 62008 65972 79356 79832 84789 85289 89945 94810 95397 104503 113854 124019 124444 124757 125144 125811 128148 143422 150155 150492 159185 159614 160300 161493 162944 181454 186431 194727 195833 198139 201480 201928 202335 205147 208316 211910 213347 217817 219071 222157 227204 239077 240116 244545 244637 249003 261389 265507 270418 271143 271321 273771 278380 280111 294243 296545 300195 300634 304810 305764 310219 312366 312377 313923 321874 324970 326020 326723 329271 329928 336384 336526 336756 336939 344706 346690 358105 364679 369678 375313 377363 392360 398096 399644

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 256404 274163
6 Gewinne zu 5000 M. 109256 388452 398513
28 Gewinne zu 3000 M. 10178 13605 46384 71956 84141 117161 220619 221330 249068 263644 314285 359369 362989 371441
48 Gewinne zu 2000 M. 3541 28108 35971 59535 61308 64053 72783 74882 84572 98149 161042 173512 218978 238456 243081 571572 279056 283474 310387 320401 321800 348680 389456 395457
82 Gewinne zu 1000 M. 4318 5678 16333 27293 32008 38573 39148 54371 69048 70271 107605 107798 116481 118485 124458 129535 132172 152225 185021 185931 196971 204866 225806 226267 227659 228012 246859 261923 264189 271662 274081 296416 304363 334326 336877 341078 343227 359031 364507 398395 399948
152 Gewinne zu 500 M. 360 395 1276 1887 3884 6635 26296 27242 31002 45611 47431 48596 49281 50108 51099 51544 60569 70143 70539 70962 89738 90004 90785 108254 121680 128946 151282 153241 156217 169542 170394 175550 182296 182926 185835 191135 192301 193536 199073 199838 200669 204018 205865 206230 208111 208124 211126 211752 219020 223064 247631 251617 257684 260731 261161 276060 279652 281456 286234 303009 314654 316270 319497 321975 332686 343769 347383 350073 382877 383929 385074 385644 385911 390121 394184 399752

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 6 zu je 75000, 6 zu je 50000, 20 zu je 25000, 114 zu je 10000, 304 zu je 5000, 598 zu je 3000, 1798 zu je 2000, 3590 zu je 1000, 5840 zu je 500, 17748 zu je 400 Mark.

Miele

Staubsauger Modell L.

Bakelit-isoliert

Stromaufnahme 150 Watt
Große Saugwirkung
Gefälliges Aussehen
Mahagonifarbig
Leiser Lauf

Preis: RM 95.-



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.

Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den Fachgeschäften.

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 24. August.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Zeitangabe und Wiederholung der Wettervorhersage.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Hilde Bremus.
10,30 Erste Meldungen, amtliche Wasserstandsmeldungen, Zeitangabe.
10,40—11,45 Schallplattenkonzert (Electrolaplatten).
11,45—12,00 Funkwerbung mit Schallplatten.
12,10—12,50 Schallplattenkonzert (Electrolaplatten).
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt.
14,30 Schlachtviehmarktberichte.
15,30 Wasserstandsmeldungen (Wiederholung), Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Eduard Reinacher: Gartengedichte.
16,20—17,00 Jugendfunk. 1. Sepp Schüller: Wir lernen das Schattenspiel (1): Die Schattenbühne. 2. Ein Rundgang durchs Funkhaus. Dipl.-Ing. Kraege und Rektor Simon.
17,00—18,00 Vesperkonzert. Margret Janssen (Klavier), Grete Kreuzhage (Sopran), Fritz Fleck (Begleitung der Gesänge).
18,00—18,20 Deutsches Vaterland. Erik Reger: Die Halbinsel Butjadingen.
18,20—18,40 Elternstunde. Karl Röttger: Der Erwachsene und das Kind (3).
18,40—19,00 **Dr. Rr. Springer: Krankheiten, die von unseren einheimischen Pflanzen übertragen werden.**
19,00—19,15 **Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.**
19,15—19,25 **Vom Tage.**
19,30—19,55 **Der westdeutsche Wirtschaftsraum. Dipl.-Ing. A. Althammer: Die rheinische Bimsindustrie.**
19,55 **Erste Abendmeldungen.**
20,00—21,15 **Uebertragung vom Bayerischen Rundfunk, München:**

Bunter Abend.

21,30—22,00 **Carusos Große Rollen.** Verbindende Worte: Paul Heinrich Gehly. Electrolaplatten und Schallplatten der Deutschen Grammophongesellschaft „Die Stimme seines Herrn".

Gegen 22,00: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.